

Deutschen Reiche von seinem, das Weltmeer beherrschenden Feinde gewaltsam auferlegt wurde. Die natürliche Folge davon war eine neue Mischung der beiden die Wirtschaftspolitik bestimmenden Systeme. Es entstand in Deutschland eine Wirtschaftsordnung, die allerdings als eine weitgehende Beeinflussung des Wirtschaftslebens durch den Staat oder, wenn man so will, als Kriegssozialismus bezeichnet werden kann. Doch ist er damit nicht zugleich zutreffend als ein Produkt der Not des Augenblicks, als eine vom Feinde aufgezwungene Verteidigungsmaßregel, als ein Ausnahmestand im äußersten Sinne des Wortes gekennzeichnet? Wie kann man diesen Kriegssozialismus, der über uns verhängt ist, der ganz unerwartet über uns kam, als das Glied einer natürlichen, also auf der Voraussetzung des Friedens beruhenden Entwicklungsreihe hinstellen versuchen? Das widerspricht allen wissenschaftlichen Methoden, nach denen Ausnahmestände als Unstetigkeiten, als Unterbrechungen einer Entwicklungsreihe auszuschalten sind, wenn es sich um Feststellung von Entwicklungsgesetzen handelt. Unsere Volkswirtschaft hat durch den Krieg eine jähe Störung erfahren, die erst nach dem Kriege wieder allmählich beseitigt werden kann. Dann sind die alten Fäden auf jeden Fall mit den Verbündeten und neutralen, womöglich auch mit den heute uns verfeindeten Staaten anzuknüpfen, und wenn diese auf Schwierigkeiten stoßen sollte, für diese Ersatz zu suchen. Dann wird auch das innere Wirtschaftsleben sich wieder in die alten Bahnen lenken lassen, aus denen es jetzt gewaltsam herausgerissen ist, und es wird die durch den Krieg unterbrochene Entwicklungsreihe der Wirtschaftspolitik in einer noch nicht genau vorauszuhenden Weise ihre Fortsetzung finden. Heißt es nicht einfach die Gewalttätigkeit des Krieges in die Wissenschaft hineinragen, wenn man das wirtschaftspolitische System, das er uns aufgenötigt hat, zum natürlichen Endglied der bisherigen Entwicklung und zum Anfangsglied der zukünftigen zu stempeln sucht?

Wir haben es hier in der Tat mit einer Vermischung von Politik und Wissenschaft zu tun, in einem Maße, wie sie fürwahr in der in dieser Beziehung nicht verwöhnten Volkswirtschaftslehre noch nie vorgekommen ist. Denn darüber kann doch wohl kein Zweifel sein, daß die Behauptung, der Kriegssozialismus werde nach dem Kriege als normale Wirtschaftsverfassung bestehen bleiben, keine wissenschaftliche Feststellung irgendeiner Tatsache, sondern einfach eine politische Forderung ist, nicht mehr und nicht weniger. Die, welche die These aufstellen und verteidigen, daß das Jahr 1914 den großen Wendepunkt der Wirtschaftspolitik vom Liberalismus oder Kapitalismus zum Sozialismus oder einer ihr ähnlichen Wirtschaftsverfassung darstelle, bekunden damit nur, daß sie persönlich diesen Wunsch haben, weil sie zur Klasse der Freunde obrigkeitlicher Beherrschung der Volkswirtschaft gehören, und daß sie ihren Wunsch ihren Schülern und einem weiteren